

Kampf um die Verteilung

Die Herrschaft der Finanzmächte beenden

[von Heinz-J. Bontrup](#)

Mindestens 30 Jahre Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkünften haben die heutige weltweite Dominanz der Kapitalmärkte verursacht. Immer mehr Geld wird hier angelegt.

Damit dies frei vagabundieren kann, mussten die Finanzmärkte liberalisiert und von staatlichen Kontrollen befreit werden. Dafür hat die herrschende neoliberale Politik gesorgt. Der Internationale Währungsfonds schätzt das zirkulierende und bei wenigen konzentrierte Weltfinanzvermögen auf knapp 400 Billionen US-Dollar. Dem steht aber nur eine Weltwirtschaftsleistung von 75 Billionen gegenüber: ein Faktor von 5,3.

Das heißt, die weiter steigenden Mehrwertansprüche im Hinblick auf Gewinn, Zinsen und Grundrenten müssen aus einer, in Relation zum Finanzvermögen, kleineren Realproduktion befriedigt werden. Denn: Nur in der produzierenden Wirtschaft entsteht ein Mehrprodukt durch die menschliche Arbeitskraft und nicht an den Finanzmärkten, wie es ökonomische Laien glauben. Die immer wieder eingeforderte Regulierung der Finanzmärkte, so richtig sie ist, reicht nicht aus. Nur wenn die Ursache, also die Umverteilung zu Gunsten der Kapitaleigner beseitigt wird, lässt sich auch die Herrschaft der Finanzmärkte beenden.

Davon sind wir Lichtjahre entfernt. Im Gegenteil: Es wird weiter brutal umverteilt. Zwischen Kapital und Arbeit. Die Lohnquoten sinken hier tendenziell, was automatisch zu einer Verringerung der späteren Rentenzahlungen führt. Ebenso gibt es innerhalb des Faktors Arbeit zunehmend Gewinner und Verlierer. Letztere sind die millionenfach prekarierten Beschäftigten mit Armutslöhnen, die Arbeitslosen und chronisch Unterbeschäftigten. Aber auch viele kleine Kapitalisten (Unternehmer) bluten. Sie sind ebenso Verlierer, wenn die Kapitalfraktion untereinander die Mehrwertbeute aufteilt.

Zu erwähnen ist ebenso ein erbarmungsloser Verteilungskampf zwischen den Volkswirtschaften. Hier hat das neoliberale Dogma einer Austeritäts- und Privatisierungspolitik Griechenland zu einer langfristigen Elendsökonomie gemacht und stellt die EU vor immer größere Probleme eines Zusammenhalts. Solidarität ist hier zu einem Unwort verkommen. Und zum schlechten Schluss wird auch noch Krieg, quasi von allen, gegen die ohnmächtige und brutal ausgebeutete Umwelt geführt.